Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

20.5.1925 (No. 116)

Visual Library

№ 116 Mittwoch, den 20. Mai 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amen, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen

* Frankreich und Amerika

In Amerika scheint man zu der Ansicht gelangt zu sein, daß Frankreich in seiner Eigenschaft als **Schuldner** reichlich schwerhörig ist. Und so hat man sich entschlossen, in etwas lauterem Tone als bisher zu den Ohren der französischen Regierung zu sprechen. Geschehen ist das in schriftlicher Form durch eine Note, die gleichlautend auch an die anderen Schuldnerstaaten (Italien, Belgien und Tschechoslowakei) ging, und durch mündliche Vorstellungen. Der erste greifbare Erfolg war, wie schon gemeldet, der, daß der französische Außenminister Briand und der Finanzminister Caillaux vom Ministerrat mit der Ausarbeitung ganz bestimmter Vorschläge zu der Regelung des interalliierten Schuldenproblems beauftragt wurden.

Selbstverständlich weiß man in Amerika ganz genau, daß Frankreich seine Schulden nur sehr langsam abzahlen kann, und daß es dabei auf die Reparationszahlungen von seiten Deutschlands angewiesen ist. Ja, man ist wohl auch darauf gefaßt, daß schließlich ein gewisser Teil der Schulden wird erlassen werden müssen. Aber es ist überhaupt nicht so sehr die finanzielle Seite der Angelegenheit, die die öffentliche Meinung in Amerika erregt, als die **politische Seite.** Die Ausführungen zweier hervorragender amerikanischer Staatsmänner, des Senators **Borah** und des früheren Botschafters in Berlin, **Houghton,** haben diese Erregung vor aller Welt manifestiert.

Man kann es in Amerika nicht verstehen, daß ein Land, welches so gewaltige Schulden besitzt und sich ständig um deren Abzahlung herumdrückt, **Milliarden ausgibt, um das stärkste Heer der Welt unterhalten zu können.** Aber damit noch nicht genug! Frankreich läßt daneben noch Hunderte von Millionen an seine Schützlinge im Osten wandern, damit diese sich gleichfalls militärische Rüstungen zulegen, die in gar keinem Verhältnis zur Größe und Bedeutung der Länder stehen und nur dann einen Zweck haben, wenn man an Angriffskriege größeren Stils denkt. Der Senator Borah ist es gewesen, der namentlich auf diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht hat.

Houghton hat seinen Landsleuten in erster Linie klar gemacht, daß das Gerede von einer deutschen Revanche, von einer **militärischen Erhebung Deutschlands glatter Unsinn** ist. Er hat auf Grund seiner eigenen Beobachtungen aufs Bestimmteste erklärt, daß das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit und zumal seine Reichsregierung nicht im entferntesten an einen Krieg denke, daß aber auch alle sachlichen Voraussetzungen für einen solchen Krieg fehlen. Diese Erklärungen Houghtons sind sehr wichtig, weil sie den Amerikanern zeigen, daß die Begründung der französischen Rüstungen nicht zu recht besteht, daß es also ausschweifende, imperialistische Bestrebungen sein müßten, die diese aberwitzige Rüstungspolitik Frankreichs erklären.

Für eine solche Politik hat man aber in Amerika schon rein grundsätzlich nichts übrig. Ganz fatal aber wird die Sache für die Amerikaner, wenn sie sich sagen müssen, daß **sie letzten Endes es sind, die die Kosten für diese Rüstungen bezahlen müssen.** Und die Tatsache, daß die Amerikaner doppelt soviel Steuer zahlen müssen, als die Franzosen, muß diese fatale Einsicht noch verstärken.

Daß der amerikanische Präsident von alledem wenig erbaut ist, kann man ebenfalls begreifen. Hier spricht dann aber noch ein rein persönliches Moment mit. Herr **Coolidge** hat sich persönlich mit besonderer Entschiedenheit für die Idee einer **Abrüstungs- und Friedenskonferenz** eingesetzt. Und nun muß er sehen, daß Frankreich durch allerlei diplomatische Manöver das Zustandekommen einer solchen Konferenz zu verhindern sucht. Von guten Kennern der amerikanischen Verhältnisse wird versichert, daß Herr Coolidge darüber außerordentlich ungehalten sei.

Jedenfalls ist die Situation heute wohl so, daß Frankreich bei seinen unvernünftigen Plänen mit einer recht starken **Gegnerschaft Amerikas** zu rechnen hat. Ob allerdings der finanzielle und wirtschaftliche Druck, den Amerika auszuüben vermag, die Pariser Staatsmänner wirklich zu einer etwas maßvolleren Politik bewegen wird, ist noch immer fraglich. Und doch ist die innere Kaufkraft des Franken gerade in letzter Zeit wieder erheblich gesunken. Und die neuesten Meldungen verzeichnen auffallend starke Kursrückgänge der französischen Effekten.

Die grosse Aussprache im Reichstag

Der Reichstag führte am Dienstag in über neunstündiger Sitzung die **Aussprache über die politische Lage** weiter. Der Schluß der Aussprache ist für die heutige Mittwochsitzung vorbehalten. Ein **sozialdemokratischer Antrag** ist eingegangen, der der Reichsregierung das **Vertrauen abspricht.** Er wird heute von dem Abg. Dr. Landsberg begründet werden und zwar, wie Berliner Privatmeldungen besagen, damit, daß die Sozialdemokratie im Zweifel darüber sei, ob es dem Reichskanzler gelingen werde, die von ihm als richtig erkannte Außenpolitik gegen deutschnationale Widerstände durchzusetzen. In der Begründung des Mißtrauensvotums soll weiter auf die **Innenpolitik der Reichsregierung,** insbesondere auf die **Agrarzollvorlage** Bezug genommen werden, die die Lebenshaltung der arbeitenden Massen erheblich verteuern werde. Es sei möglich, daß bereits heute die Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten und der Kommunisten erfolgen werde.

WTB. **Berlin,** 19. Mai.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr mittags.

Besprechung der gestrigen Rede des Außenministers Dr. Stresemann

Als 1. Redner aus dem Hause nimmt Abg. **Dr. Breitscheid** (S.) das Wort und führt aus: Durch die Wahl Hindenburgs habe die deutsche Politik für die ganze Welt ein anderes Gesicht bekommen. Von einer überparteilichen Kandidatur konnte man in Wirklichkeit doch nicht reden. Unsere Gegnerschaft zu der von ihm verkörperten politischen Auffassung hindert uns nicht, dem Präsidenten der Republik unseren Respekt entgegenzubringen, der ihm als Person und vor allem in seinem Amte gebührt, solange er sich im Rahmen der von ihm beschworenen Verfassung hält. Wir werden den Gegnern des verstorbenen Präsidenten Ebert nicht auf dem Wege der Niederträchtigkeiten folgen seinem Nachfolger gegenüber. Die Deutschnationalen bezeichnen offen die Wahl Hindenburgs als den Übergang zur Rückkehr der Monarchie. Es wäre eine unqualifizierbare Verdächtigung, wenn wir auch nur im geringsten annehmen wollten, daß Herr von Hindenburg seinen Eid nicht durchaus ehrlich geschworen habe. Wir werden vielleicht genötigt sein, Herrn von Hindenburg gegen seine eigenen Freunde und Interpreten zu verteidigen. In der Agitation sprach man von Hindenburg, dem Retter. Man hatte den Eindruck, Hindenburg solle uns retten vor dem gegenwärtigen Außenminister Dr. Stresemann und der Politik der Verständigung. Der Kampf der Deutschnationalen richtet sich vor allem gegen den von der Regierung Luther vorgeschlagenen Sicherheitspakt. Wir können nicht zugeben, daß Deutschland damit im Westen etwas aufgibt, über was es sonst verfügen könnte. Wir halten die Grenze im Osten keineswegs für gerecht und unveränderlich. Aber wir unterstützen keine Politik, die jemals darauf ausgeht, diese Grenze gewaltsam durch einen Krieg zu ändern. Wir rechnen auf eine spätere Änderung durch Schiedsgerichte oder durch die Institutionen des Völkerbundes. Wir protestieren gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone. Wir bezweifeln, daß die Regierung diese wirkliche internationale Verständigungspolitik mit dem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa führen kann, zusammen mit den Deutschnationalen. Wir sind mit den übrigen republikanischen Parteien nicht auf die Dauer verbunden, sind auch mit dem Zentrum nicht verheiratet. Wer mit uns kämpfen will, ist uns willkommen, sonst gehen wir unseren Weg allein.

Graf **von Westarp** (D.Natl.): Unsere Außenpolitik ist beherrscht durch die Tatsache, daß das Recht nicht über die Gewalt siegt, daß dem wehrlosen Deutschland sein Recht vorenthalten wird. England hat keine seiner Zusagen gehalten, hat uns vielmehr das neue Unrecht der Weiterbesetzung der Kölner Zone zugefügt. Die Zusage der Ruhrräumung am 15. August ist ein integrierender Bestandteil des Londoner Abkommens. Wird diese Zusage nicht erfüllt, so fallen damit auch alle von uns gegebenen Zusagen fort. Die angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage sind nichts als ein leerer Vorwand für die Weiterbesetzung der Kölner Zone. Für das Verhalten des Auslandes gegenüber dem wehrlosen Deutschland genügen keine parlamentarischen Ausdrücke (Sehr wahr). Frankreich will mit Hilfe des Garantiepaktes nur seine Herrschaft am Rhein begründen und die Herrschaft über den Kontinent erobern und festhalten. Darum geben wir der Regierung darin recht, daß es sich vor allem darum handelt, Forderungen für Deutschlands Sicherheit zu erheben. Was Polen anlangt, so hat der Außenminister zu unserer Befriedigung erklärt, daß die Grenzen Deutschlands im Osten nicht als endgültig anzusehen sind. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könnte nur erfolgen, wenn der Artikel 16 des Statuts de jure für Deutschland ausgeschlossen wird. Wir wünschen eine amtliche Erklärung, die den Inhalt des Artikels 233 des Versailler Vertrages, der die Schuld Deutschlands am Kriege behauptet, als erzwungen zurückweist. An den **Reichskanzler,** dessen Etat auch heute besprochen wird, richten wir das Ersuchen, dafür einzutreten, daß die äußere Politik in einem Sinne geführt wird, der es uns ermöglicht, fernerhin mitzuarbeiten. In bezug auf die Innenpolitik gilt es vor allem, die notwendigen **Änderungen der Weimarer Verfassung** vorzunehmen, was in einem besonderen Ausschuß geschehen könnte. Die Farbenfrage würde dann unter anderem zu erwägen sein. Das uns vom Feinde aufgezwungene republikanisch-demokratisch-parlamentarische System hat im deutschen Volke nicht Wurzel gefaßt. Wir werden mit aller Kraft daran arbeiten, daß die nationale Welle, die uns den Sieg des 26. April gebracht hat, weiter anhält.

Abg. Dr. Kaas (Zentr.): Die deutsche Außenpolitik muß immer wieder in würdiger Wahrung der Rechte Deutschlands und in aufrichtiger Betonung seines Friedenswillens verständigungspolitisch um die Gestaltung eines Zustandes ringen, der Deutschland zunächst ohne Änderung der Verträge die wirtschaftliche und politische Bewegungsfreiheit gibt, ohne die es nicht leben kann (Beifall). Für diese Politik in der Atmosphäre eines allgemeinen Mißtrauens waren die Ausführungen des Grafen Westarp vielleicht eine zu schwere Belastung (Sehr wahr im Zentrum u. links). Seit Monaten verlangen wir schon die längst angekündigten Beweise für die uns nachgesagten schweren Verfehlungen. Das Verhalten Frankreichs und vor allem auch Englands, von dem man anderes erwartet hatte, muß in Deutschland und besonders im Rheinlande ein Gefühl der Bitterkeit verursachen. Wir müssen nach der völligen Entwaffnung Deutschlands fordern, daß die Entente nun auch selbst die im Versailler Vertrag gleichfalls festgesetzte Abrüstung baldigst vornimmt. Die Ausführungen des Außenministers zum Sicherheitspakt waren in einem so wenig durchsichtigen Halbdunkel gehalten, daß wir dazu heute weder ja noch nein sagen können. Wir warnen aber vor zu weitgehenden Bedingungen bei den Verhandlungen. Wir Rheinländer wollen nicht unser Land zu einem neuen Saargebiet machen lassen. Der Friede Europas darf nicht gegründet sein auf dem Grabe rheinischer Freiheit (Beifall). Wir halten es für einen verhängnisvollen Irrweg, wenn der Reichsaußenminister seine Außenpolitik unter Ausschaltung der Sozialdemokratie treiben will. Wir müssen loskommen von der Antithese: Bürgertum und Arbeiterschaft zur ehrlichen Synthese der Volksgemeinschaft auf der Grundlage des neuen Volksstaates (Beifall).

Abg. Freiherr von **Rheinbaben** (D. Vp.): Ich kann mich nicht der Formulierung des Grafen von Westarp anschließen, daß die Wähler Hindenburgs sich gegen das republikanisch-demokratisch-parlamentarische System erklären wollten. Die volksparteilich eingestellten Wähler Hindenburgs gaben vielmehr ihre Stimme dem jetzigen Reichspräsidenten, weil sie den Staatsgedanken dem Gedanken des Parteiinteresses voranstellen wollten und weil sie von dem neuen Reichspräsidenten erwarten, daß ihm die Einigung und Zusammenfassung unseres Volkes zur Erzielung unserer Gleichberechtigung und Freiheit gelingen wird. Wir müssen uns ebenfalls dagegen wenden, wenn Hindenburgfeiern mit Protesten gegen die gegenwärtige Außenpoitik verbunden werden. England hat sich nicht einmal bemüht, die im Versailler Vertrag vorgesehenen klaren Rechtsverhältnisse wieder herzustellen. Die Tätigkeit des Völkerbundes hält sich nicht einmal an die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes. Die französische Politik ist überall, auch im Osten und Südosten, gegen uns erfolgreich tätig, um uns ja nicht das Ziel der Befreiung Europas, dem wir zustreben, erreichen zu lassen. Wir verkennen nicht, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund uns gewisse Vorteile bringen könnte; dem steht der Nachteil einer Bindung gegenüber, die uns den letzten Rest der deutschen Aktionsfreiheit nehmen würde. Uns erscheint ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für ausgeschlossen, solange die nördliche Rheinlandzone nicht bedingungslos geräumt wird. Der Begriff der Vereinigten Staaten von Europa hat einen berechtigten Kern, aber er birgt die Gefahr, daß man zugunsten von Zukunftsillusionen den Blick für die Gegenwart verliert.

Abg. Frau **Golke** (Komm.) polemisiert gegen die Reichsregierung und den Außenminister. Hindenburg sei der legale Sohn Noskes und Ebert sei sein Vorfahre. Eine Befreiung Deutschlands von dem Joch des internationalen Finanzkapitals sei nur im Bunde mit Rußland möglich.

Abg. **Graf Bernstorff** (Dem.): Die Rede des Abg. Grafen Westarp klang fast wie eine Oppositionsrede. Auch in unserer Fraktion bestehen manche Bedenken gegen den Sicherheitspakt. Wir behalten uns unsere Stellungnahme vor bis zu einem Zeitpunkt, wo er uns vorliegt. Nicht von pazifistischen Gesichtspunkten aus spreche ich hier für den Eintritt in den Völkerbund, aber ich meine, daß Deutschland dabei sein muß, wenn gegen seine Interessen und wenn über seine Interessen gesprochen wird. Wenn wir eintreten, dann müssen wir kategorisch erklären, daß einer der Hauptgründe für unseren Eintritt der Artikel 19 der Völkerbundakte ist, wonach der Völkerbund dazu da ist, Verträge zu ändern, die nicht mehr zeitgemäß sind. Als Mitglied des Völkerbundes können wir auch viel leichter das Mandat über unsere Kolonien erlangen und schließlich auch, wenn das sich als der Wille beider Völker herausstellt, den Anschluß Österreichs erreichen. Der Gedanke der Vereinigten Staaten Europas, natürlich mit Einschluß Englands, gewinnt immer mehr an Boden. Wir würden eine solche Entwicklung begrüßen unter der Voraussetzung, daß sich die europäischen Staaten in diesem Bunde vollkommene Gleichberechtigung und die freie Entwicklung ihrer nationalen Eigenarten garantieren.

Abg. Dr. **Bredt** (W. Vgg.: Wir verkennen durchaus nicht, daß mit der Wahl des neuen Reichspräsidenten eine Änderung in der politischen Lage eingetreten ist. Der Reichspräsident wird mit Hilfe der Sozialdemokraten die Verteidigung der Republik nicht nötig haben, einmal wird er sie selbst verteidigen und zweitens wird keiner sie angreifen wollen. Wenn wir auf verfassungsmäßigem Wege eine Revision der Weimarer Verfassung herbeiführen wollen, so denken wir dabei gar nicht an die Frage der Staatsform.

Abg. Graf **Lerchenfeld** (B. Vp.) wünscht Reformen im inneren Dienst des Auswärtigen Amtes. Die Vorbereitung von Handelsverträgen sollte gründlicher betrieben werden, damit nicht andere Verträge ein ähnliches Schicksal finden wie der deutsch-spanische Handelsvertrag Frankreich gegenüber ha-

den wir allen Grund einen Schutz unserer Sicherheit zu fordern. Die Behandlung der Rheinlandsfrage durch Frankreich ist ein Skandal.

Abg. **Graf Reventlow** (Völkisch) führt aus, die politische Entwickelung und die Haltung Englands haben die Warnungen bestätigt, mit denen sich die Völkischen gegen die Annahme des Dawes-Abkommen wandten. Wir müssen eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen verlangen.

Die weitere Aussprache wird um 9.15 Uhr auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Präsident Löbe macht Mitteilung von einem inzwischen eingegangenen **sozialdemokratischen Mißtrauensantrag** mit dem Wortlaut: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages". Die **kommunistische Partei** hat ihren Mißtrauensantrag gegen den Außenminister durch den Zusatz motiviert „wegen der Führung der Außenpolitik", gegen den Reichskanzler durch den Zusatz „wegen der Innen- und Außenpolitik seines Kabinetts".

Die neue Zolltarifvorlage

Über die **Zolltarifnovelle** wurden von der Reichsregierung der Presse Mitteilungen gemacht, und die Vorlage gleichzeitig dem Reichsrat und der Öffentlichkeit übergeben.

Die früheren Mitteilungen über die Einführung von **Getreidezollmindestsätzen** und die Beibehaltung der **Eisenzölle** werden bestätigt. Es wurde auch kein neuer Gedanke und keine neue Tatsache zur Begründung der Lebensmittelzölle angeführt, der Reichskanzler begnügte sich mit dem Hinweis, daß es sich um eine sehr allmähliche Umgestaltung handle, die der Steigerung der Produktionskraft und damit auch der Konsumtionskraft dienen sollte. Mit dem Grafen Kanitz stellte er die Stetigkeit und Sicherheit der **Preisgestaltung** für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse als das **Hauptziel der Getreidezölle** hin, die nur die Zollsätze des Jahres 1902 aufrecht erhalten, ohne eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung, die für die Industriezölle notwendig sei.

Über die Zolltarifnovelle führte der Minister aus:

Während sich die vorgeschlagenen Sätze im Rahmen eines mäßigen Zollschutzes bewegen, ist für **Automobile ein höherer Zollsatz** vorgesehen; es muß nämlich der deutschen Industrie eine Frist gewährt werden, um den außerordentlichen Vorsprung, den die ausländische Kraftwagenindustrie gewonnen hat, einzuholen. Dieser Zoll soll in halbjährlichen Stufen herabgesetzt werden auf einen Betrag, der der normalen Zollbelastung in Deutschland entspricht. Für **Traktoren**, für die eine eigentliche Zollerhöhung vermieden wird, wurde auch dieser stufenweise Abbau der Zölle vorgesehen. Auf dem **Textilgebiet** mußten die Zölle auch in größerem Umfange erhöht werden, weil die Rohstoffe auf dem Weltmarkte etwa auf dem doppelten des Vorkriegsstandes stehen und daher zu deren Erwerb das doppelte Kapital benötigt wird. Die Garnzölle, die früher nur wenige Prozent vom Werte betrugen, sind daher auf einen Betrag zusammengeschrumpft, der als Zoll überhaupt nicht mehr wirkt. Auf dem Gebiet der Chemie sind Industrien im Ausland, zum Teil mit staatlicher Hilfe groß gezogen und durch hohe Zolltarife geschützt worden. Daher wurde ein mäßiger Zollschutz, der durchweg unter 10 Prozent des Wertes liegt, beschlossen.

Die **Grundzölle der Eisenindustrie**, insbesondere der **Roheisen-** und der **Stabeisenzoll** bleiben unverändert ebenso wie im allgemeinen bei der Maschinenindustrie von Zollerhöhungen abgesehen wurde. Die Erhöhungen betreffen gewisse Spezialerzeugungen und Verfeinerungen, ferner Feinbleche, Kugellager, Blattklingen für Rasieraparate und schließlich sind einige Zölle der Kleineisenindustrie mäßig erhöht worden.

Graf **Kanitz** ging von der Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion aus die er damit begründete, daß es nach wissenschaftlichen Feststellungen möglich wäre, den ganzen heimischen Bedarf auf deutscher Scholle zu bauen. Wenn man die heimische Landwirtschaft dem vollen Drucke überseeischer Produktion aussetze, so würden die kleinen und kleinsten Betriebe nur mehr extensiv wirtschaften. Aber nur bei einer möglichst **intensiven Betriebsführung** ist es möglich, die Ernährung des deutschen Volkes vom Auslande unabhängig zu machen und die 2,7 Milliarden, die im letzten Jahre für Auslandsnahrungsmittel ausgegeben wurden und die zufälligerweise genau dem **Minus unserer Handelsbilanz** entsprechen, im Lande zu behalten. Heute bringe der **Getreideanbau** noch nicht den Ertrag der Vorkriegszeit, obwohl die Preise für alle Betriebsmittel bedeutend gestiegen sind!

Der Entwurf schlägt die **Wiedereinführung der früheren allgemeinen Getreidezölle** vor, die ja auch bestimmt sind, bei wichtigen Handelsverträgen eine bedeutsame Rolle zu spielen; da aber noch nicht ohne weiteres gesagt werden kann, wann die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen zum Abschluß kommen werden, sind in dem Entwurf für die Übergangszeit bis zum Beginn des nächsten Getreidewirtschaftsjahres, also bis 31. Juli 1926, ermäßigte Zölle vorgeschlagen. Der Entwurf bringt ferner den Vorschlag eines Zolls auch für Herbstkartoffeln. Die dritte große landwirtschaftliche Zollfrage, die in dem Entwurf geregelt ist, ist die Frage der **Vieh- und Fleischzölle**. Es wird die Wiederherstellung der allgemeinen Vorkriegszölle vorgeschlagen. Außerdem sind in dem Entwurf auch die Fragen des Zollschutzes für Gemüse, Obst und Gartenbauerzeugnisse, Butter, Käse, Öle und Fette geregelt.

Politische Neuigkeiten

Weitere Vertagung des Botschafterkonferenz

Die **Botschafterkonferenz**, die sich am heutigen Mittwoch mit der Entwaffnungs- und Räumungsfrage beschäftigen sollte, hat sich, wie „Havas" berichtet, aufs neue vertagt. Es sei noch kein völliges Einverständnis zwischen Paris und London erzielt worden. Die Schwierigkeiten, die den Aufschub verlangten, bezögen sich auf das einzuschlagende Verfahren, berührten aber nicht die Grundlagen des Problems, über das man sich einig sei. Es handle sich darum, zu wissen, ob man zwischen den Verfehlungen, die Deutschland vorgeworfen würden, nach ihrer Wichtigkeit Unterschiede machen wolle oder nicht.

Reuter erfährt, daß das Sekretariat der Botschafterkonferenz zur Zeit eifrig damit beschäftigt ist, die Gegensätze in der britisch-französischen Fassung der geplanten Entwaffnungsnote an Deutschland auszugleichen. Das Ergebnis dieser Beratungen werde der Botschafterkonferenz **spätestens in einer Woche** vorgelegt werden. Doch stehe der genaue Zeitpunkt noch nicht fest. Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post" glaubt, daß es sich bei den Meinungsverschiedenheiten über die Bedingungen, die Deutschland im Zusammenhang mit den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages auferlegt werden sollen, um den **Zeitpunkt** der Räumung der Kölner Zone handele.

*

WTB. **Paris**, 20. Mai. Über **die Gründe der Vertagung** der Botschafterkonferenz glaubt „Petit Journal" folgendes mitteilen zu können: Die vorgeschlagene **englische Note** enthalte eine **Spezifizierung** der deutschen Verfehlungen die in zwei Kategorien eingeteilt seien, in Verfehlungen ernsten Charakters und in solche geringfügiger Art. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß diese Unterscheidung wenig befriedige. Man suche deshalb ein Einverständnis auf einer etwas **abgeänderten Grundlage**. Die Alliierten würden danach darauf verzichten, die Verfehlungen zu katalogisieren und einen Entwaffnungskalender aufzustellen. Deutschland würde aufgefordert werden, sich nach dem Vertrag zu richten und die Kontrollkommission in Berlin werde damit beauftragt werden, nach einer gewissen Zeit festzustellen, ob eine Erfüllung der Forderungen erfolgt sei oder nicht.

Abkommen über den deutsch-griechischen Warenaustausch

Der deutsche Gesandte in Athen, v. Schön, schloß am 15. Mai mit der griechischen Regierung ein **Abkommen** über die Erweiterung des gegenwärtig für den wechselseitigen Warenaustausch geltenden modus vivendi ab. In der Vereinbarung gewährt Griechenland allen deutschen Waren **volle Meistbegünstigung** einschließlich derjenigen Sonderermäßigungen gegenüber dem Minimaltarif, die von Griechenland den Waren dritter Staaten jetzt oder künftig gewährt werden. Deutschland gestand in dem Abkommen die Herabsetzung des Zolltarifs für Korinthen von 24 auf 15 Marke für den Doppelzentner zu. Das Abkommen, das griechischerseits sofort in Kraft gesetzt werden soll, wird von deutscher Seite alsbald den gesetzgebenden Körperschaften zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstags

wurde die allgemeine Beratung über die Regierungsvorlage zur Hypothekenaufwertung und Ablösung der öffentlichen Anleihen fortgesetzt. Der Ausschuß beschloß, den Abg. Dr. **Best**, der bisher der deutschnationalen Fraktion angehörte, aber infolge Differenzen bezüglich der Aufwertung aus ihr ausgetreten ist, als **Sachverständigen mit beratender Stimme** zu den Beratungen des Ausschusses zuzulassen.

Der Reichsstädtebund, der Deutsche Landgemeindetag und der Deutsche Landkreistag richteten eine **Eingabe** an den Aufwertungsausschuß des Reichstages, in der sie sich gegen die im Aufwertungskompromiß vorgesehenen höheren Aufwertungsleistungen bei kommunalen Anleihen gegenüber Reichs- und Länderanleihen und besonders gegen die geplante individuelle Aufwertung der Kommunalanleihen entsprechend der Leistungsfähigkeit der Gemeinden wehren.

Spionageprozeß vor dem Reichsgericht

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu **Leipzig** fand am Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit der große Spionageprozeß gegen den Bürovorsteher Heinrich **Strippgen** aus **Mülheim** (Ruhr) statt. Der Angeklagte war mehrere Jahre lang in den **Kruppwerken** in Essen beschäftigt und hat dort **Akten und Zeichnungen** gestohlen, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, um sie dem französischen Nachrichtendienst zu unterbreiten. Er stand auch mit Engländern und Italienern in Fühlung, denen er Zeichnungen von mehreren großen deutschen Geschützen aushändigte. Der Vertreter des Reichsanwalts beantragte 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Das Gericht verurteilte Strippgen wegen Verbrechens gegen §§ 1 und 3 des Spionagegesetzes und gegen § 242 des St.G.B. zu **12 Jahren Zuchthaus**, 10 Jahren Ehrverlust und dauernde Stellung unter Polizeiaufsicht.*

Kurze Nachrichten

Reichspräsident Hindenburg nahm Dienstag vormittag einen längeren Vortrag des Reichskanzlers und des Reichsministers für auswärtige Angelegenheiten über die Fragen der **Außenpolitik** entgegen. Am Nachmittag stattete der Reichspräsident dem apostolischen Nuntius **Bacelli**, dem Dohen des diplomatischen Korps, einen Gegenbesuch ab.

Anzeige wegen Landesverrats. Der völkische Abgeordnete **Kube** erstattete dem Oberstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin gegen die **Pazifisten Gumbel**, Jakob, Lange und Frhr. v. Schönaich als Verfasser der Broschüre über „Deutschlands geheime Rüstung" **Anzeige wegen Landesverrates**. Nach Mitteilung des Generalstaatsanwalts wurde die Anzeige an den Oberreichsanwalt in Leipzig weitergegeben.

Zeigners Disziplinierung. Der sächsische Disziplinarhof in Dresden hat beschlossen, dem früheren Ministerpräsidenten **Zeigner**, der wegen Amtsbestechung eine Gefängnisstrafe verbüßt, nach seiner Entlassung aus der Haft 30 v. H. des regulären Ruhegehalts auf die Dauer von zwei Jahren zu belassen. In erster Instanz hatte die Disziplinarkammer diese Vergünstigung nur auf ein Jahr zugebilligt.

Der Anhaltische Landtag beschloß gemäß einem Antrage der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die **Aufhebung des 1. Mai und des 9. Novembers** als gesetzliche Feiertage. Für den Antrag stimmten außer den Antragstellern die Demokraten und die Mitglieder der Wirtschaftspartei. Die Annahme erfolgte mit 18 gegen 17 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Eine Niederlage Dr. Heims. Die **Bayerische Landesbauernkammer** trat zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Geh. Landesökonomierat **Dr. Heim**, der seit dem Bestehen der Landesbauernkammer deren 1. Präsident gewesen und dessen Kandidatur neuerdings von den Anhängern des Christlichen Bauernvereins vorgeschlagen war, **unterlag bei der Präsidentenwahl** mit 15 gegen 30 Stimmen. An seine Stelle wählte die Kammer den deutschnationalen Landtagsabgeordneten **Krieger**.

Krawall in einer Berliner Kirche. Eine von kirchlicher Seite Dienstag abend in der Dreifaltigkeitskirche veranstaltete Kundgebung gegen die Trunksucht wurde durch Zwischenrufe dauernd gestört. Der Redner, Generalsuperintendant Dr. Burkart, wurde niedergeschrien, so daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Herbeigerufene Polizei räumte die Kirche.

Die Berliner Hochbahn. Nach einem Bericht der „B. Z. am Mittag" schweben zwischen dem Berliner Magistrat, der Direktion der Berliner Hochbahngesellschaft und der Deutschen Bank Verhandlungen über den Erwerb der Hochbahngesellschaft, beziehungsweise ihrer Aktienmehrheit durch die Stadt Berlin. Wie das Blatt erfährt, sind die Aussichten für das Zustandekommen einer Einigung sehr gut.

Die Wiener Technische Hochschule geschlossen. Antisemitische Studenten hielten Dienstag morgen das Haupttor der Technischen Hochschule zu **Wien** besetzt und verweigerten den übrigen Studenten den Zutritt zu den Vorlesungen, weil kürzlich einige Wiener Blätter gegen politische Äußerungen des Professors Kobes protestiert hatten, die dieser in einer Vorlesung getan hatte. Der Rektor der Hochschule, der das Vorgehen der antisemitischen Studenten für ungesetzlich erklärte, verfügte die vorläufige Schließung der Anstalt.

Für die bevorstehenden Kammerwahlen in Holland sind die Kandidatenlisten von 28 verschiedenen Parteien eingereicht worden, worunter sich verschiedene ganz neue Parteien befinden, wie diejenige der Rentenbezieher, der Grundbesitzer, der Pensionäre und die Sportpartei.

Zur Jubiläums-Ausstellung des Badischen Blindenvereins

(Aus der Eröffnungsrede des Geh. Oberregierungsrat Dr. **Clemm**, 1. Vorsitzender des Badischen Blindenvereins.)

Als ein gewisses Wagnis mag es angesehen werden, wenn in einer Stadt wie Karlsruhe, die wie geschaffen für Ausstellungen ist, und daher deren schon so manche gehabt hat und künftig haben wird, Ausstellungen der verschiedensten Art, welche auf das Interesse weitester Kreise rechnen dürfen, der Badische Blindenverein es unternommen hat, eine für die von ihm vertretenen Bestrebungen zwar wichtige, im Grunde jedoch gar schlichte und einfache Ausstellung ins Werk zu setzen. Indessen, abgesehen davon, daß der Bad. Blindenverein im laufenden Jahre sein silbernes Jubiläum begeht und begreiflicherweise diesem Ereignis durch eine besondere, auch für eine größere Gemeinde, als er sie für gewöhnlich um sich zu scharen gewohnt ist, zugängliche Veranstaltung Ausdruck verleihen möchte, sind es doch auch noch andere, aus der Entwicklung und Gestaltung des Blindenfürsorgewesens hervorgegangene Erwägungen, die uns zu dem Wagnis geführt haben.

Der überwiegende Teil des Publikums, nimmt der Blindenfürsorge gegenüber noch nicht die Stellung ein, welche von den einsichtigeren und zielbewußteren Blinden ebenso gewünscht werden muß, wie von den Sehenden, die in langjähriger Verbindung mit den Blinden stehend, deren Ansichten und Bedürfnisse genauer kennen gelernt haben.

Hier soll nun unsere Ausstellung vor allem einsetzen. Sie soll nicht nur dem einzelnen Blinden Gelegenheit geben, zu zeigen, was er zu leisten vermag und wie er trotz der durch sein Gebrechen beschränkten Arbeitsleistung es durchsetzt, den Kampf ums Dasein mit Erfolg aufzunehmen; sie soll nicht nur unserem Verein dazu dienen, seine Bestrebungen auf dem Gebiete der Blindenfürsorge in weiteren Kreisen bekannt zu machen und für sie das Interesse zu erwecken, sie soll in erster Linie **dem Beschauer einen Einblick in die Werkstatt des Blingen** geben und ihn so befähigen, zum Blindenwesen im allgemeinen in Zukunft sich besser als seither einzustellen, jedem einzelnen aber auch die Frage nahelegen, ob er bis heute dieser wichtigen Angelegenheit die Aufmerksamkeit und Beachtung geschenkt hat, die sie in Anspruch nehmen kann.

Als Blinder durchs Leben gehen, ständig im finstern Dunkel wandern zu müssen, nicht schauen zu dürfen die Wunder der Natur — welch harte Heimsuchung, welch furchtbares Geschick! Wie schwer, wie unbegreiflich schwer aber auch, mit diesem Schicksal sich abzufinden; welche tiefen und schmerzlichen Seelenkämpfe, namentlich für den mitten aus dem lachenden Leben herausgerissenen Späterblindeten müssen da im Stillen ausgefochten werden, welche Überwindungskraft gehört dazu, ohne Murren in das Unabänderliche sich zu fügen und sich zu bescheiden! Und doch, wer häufig mit Blinden zusammenzusein und zusammenzuarbeiten Gelegenheit gehabt hat, wird oft genug zu seiner Verwunderung und zu seinem Erstaunen die Erfahrung gemacht haben, daß von vielen derselben mit einer gewissen Selbstverständlichkeit und Gelassenheit das harte Geschick getragen, aber auch mit zäher Willenskraft die schwere Heimsuchung überwunden wird, daß vielseitiges Wissen und große Geschicklichkeit eine erhebliche Zahl der Blinden auszeichnen, daß diese in Folge davon zu froher Zuversicht und innerer Zufriedenheit sich durchgerungen haben und daß dann im großen Kreise der Schicksalsgenossen wohltuende Freude am geselligen Verkehr, an anregendem und unterhaltendem ernstem und heiterem Gespräch, sowie an guter Musik neben sonnigem und unverwüstlichem Humor zur Geltung kommen. Wie viele Sehenden könnten daran ein leuchtendes Beispiel sich nehmen!

Das harte Los der Blinden macht es nur zu begreiflich, daß beim Sehenden, der sich gar nicht vorzustellen vermag, wie man ohne Augenlicht durchs Leben gehen kann, in weitgehendstem Maße das Mitleid ausgelöst wird, und daß dies in dem Bestreben sich äußert, mit Herz und Mund, mit Rat und Tat zu helfen und zu trösten. Da möchte ich aber aus langjähriger Erfahrung heraus doch warnen vor einem Übermaß der Mitleidsbezeugung, das nicht aufrichtend und erhebend wirkt, sondern niederdrückt und verstimmt. Gewiß, der Blinde läßt gerne sich gefallen, wenn ihm in entgegenkommender Weise und am rechten Ort beigesprungen und Beistand geboten wird. Das sollte denn auch ohne weiteres geschehen. Im übrigen aber möchte der Blinde, der zumeist sich recht gut weiter zu helfen vermag, als **gleichberechtigter und gleichwertiger Mitbürger** betrachtet und demgemäß behandelt werden und erhalten bleiben und darauf kommt es doch letzten Endes an.

So begreift es sich auch, daß die Blinden in ihrer Mehrzahl alles daran setzen, in steter selbständiger Arbeit sich zu betätigen, nicht darauf angewiesen zu sein, für den eigenen Lebensunterhalt und den der Angehörigen auf fremde Hilfe rechnen zu müssen. Wenn wir das im Auge behalten, wird uns aber auch so recht zum Verständnis kommen, welche Bedeutung für den Blinden regelmäßige Beschäftigung und befriedigende Arbeitsbetätigung haben. Für den Blinden bedeutet die Arbeit Ablenkung von den trüben, durch sein schweres Geschick hervorgerufenen Gedanken, für ihn ist sie nicht nur ein Schaffen von Werten, die zur Bestreitung seiner leiblichen Bedürfnisse dienen, für ihn ist sie mehr, sie ist ihm Zerstreuung und wirkliche seelische Befriedigung. Beim Blinden stellt sich darum auch noch das innere Verhältnis zwischen der Arbeit und dem Arbeitsprodukt ein, das bei der modernen Massenfabrikation, der Teilung der Arbeit und dem Vorherrschen der Maschine bedauerlicherweise so vielfach verloren gegangen ist.

Und die **Betätigung des Blinden** ist vielseitig und vielgestaltiger, als zumeist angenommen wird. In vergangenen, weit zurückliegenden Zeiten hat der Volksglaube da und dort, wohl beeinflußt durch den Gedanken, daß der erzwungene Abschluß von den Eindrücken der Außenwelt die inneren geistigen Kräfte in besonderem Maße anrege, dem Blinden die hohen Eigenschaften des Sängers und Sehers beigelegt. Später glaubte man, daß der Blinde in ungewöhnlicher Weise musikalisch veranlagt sei, bis man dann nach manchen Fehlschlägen und bei eingehender Beschäftigung mit ihm erkannte, daß ihm in der Regel auch nur diejenigen Gaben verliehen sind, wie sie auch andern Sterblichen zuteil werden. Bedingt aber durch die beim Blinden meist vorhandene verminderte Arbeitsfähigkeit war man nun geneigt, ihn in der Hauptsache auf ein beschränktes Arbeitsgebiet, insbesondere auf das des Blin-

Die 3. Haager Konferenz. Wie „New York Times" aus **Washington** meldet, werde im Weißen Hause erklärt, Präsident Coolidge halte den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Einberufung einer **3. Haager Konferenz** zum Zwecke der **Kodifizierung** des **Völkerrechts** für **ungelegen** und habe keine diesbezüglichen Schritte bisher unternommen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 11. Mai 1 184 200. Das sind 3721 **mehr als in der Vorwoche** und 158 062 mehr **als im Vorjahre.**

Badischer Teil

Die Elektrisierung der Bahnen

Nachdem erst kürzlich Reichsbahn-Rat **Meier** im Architekten- und Ingenieurverein in Karlsruhe im Zusammenhang mit der Ausnutzung der Wasserkraft in Baden über dieses so aktuelle Thema gesprochen hat, behandelte Herr Dr. Ing. Alfred **Wichert**, Direktor der Brown, Boveri & Co., A.-G. in Mannheim in einem Vortrag im Oberrh. Elektrotechnischen Verein, Karlsruhe, des näheren am 19. d. M. die Entwicklung **der Fernzugsförderung mit elektrischen Wechselstrom-Lokomotiven.**

Nach einer kurzen Einleitung, in welcher die Hemmungen, welche diese Entwicklung durch den Weltkrieg erfuhr, geschildert wurden und dem regen Gedanken- und Erfahrungs-Austausch zwischen der Deutschen Reichsbahn und den Verwaltungen der Eisenbahnen der Schweiz und Schweden, welche das gleiche System wie Deutschland anwenden, Erwähnung getan wurde, kam der Vortragende zu seinem eigentlichen Thema. Er zeigte, daß nach wie vor die Deutsche Reichsbahn mit der von ihr gewählten **Stromart**, den Einphasen-Wechselstrom als Energieträger auf dem richtigen Wege ist, gab die Voraussetzungen bekannt, die erfüllt sein müssen, wenn die **Wirtschaftlichkeit** der **Elektrisierung** gewährleistet sein soll und zeigte vor allem, daß in unserem engeren Lande Baden eine große Anzahl von Strecken „elektrisierungswürdig" sind, indem sie diese Wirtschaftlichkeitsbedingungen erfüllen.

Bezüglich der **Wechselstrom-Lokomotive** unterschied der Vortragende drei Entwicklungsstadien. Das Erste von Beginn bis zum Jahre 1910 wurde als Versuchsstadium geschildert, welches gestattete, eine große Anzahl von Irrtümern zu erkennen. Das Zweite von 1910 bis zum Kriege und in seiner Abwicklung (den glücklicheren neutralen Ländern nacheilend) bis 1920 stellt sich dar als erste Verwirklichung in größerem Maßstabe des elektrischen Betriebes in Deutschand, bei welcher die Kinderkrankheiten als völlig überwunden gelten konnten, in wirtschaftlicher Hinsicht dagegen noch mancherlei Verbesserungsmöglichkeiten erkannt wurden. Das dritte Stadium von 1920 bis heute wurde gekennzeichnet **als eine Zeit**, in welcher alle eigenen Erfahrungen sowie **die im Austausch** mit anderen Bahnverwaltungen gewonnenen restos verarbeitet und bis zu einem Grade verwertet wurden, welcher die durch den Krieg verlorene Zeit als wieder eingeholt erkennn läßt, und die dortige Bahn-Elektrisierung **wieder in den ersten** Reihen in Erscheinung treten läßt. Der Vortragende tat dabei der intensiven Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Lieferfirmen Erwähnung.

Nach sehr interessanten Darlegungen über die theoretischen Untersuchungen und praktischen Entwürfe, an denen der Vortragende und seine Firma regen Anteil genommen zu haben scheinen, wurden gut gelungene Lichtbilder der für die Erweiterung des Betriebes auf den bestehenden Strecken in Schlesien und Mitteldeutschland, vor allem aber für die Neueinrichtung des elektrischen Betriebes auf den bayerischen Strecken im Bau befindlichen und gelieferten Lokomotiven, deren Zahl sich auf 170 beläuft, vorgeführt, welche das Wesentliche solcher Lokomotiven sehr hübsch erkennen ließen. Schon vorher war ebenfalls an Hand von Lichtbildern gezeigt worden, wie weit es heute schon gelungen ist, die Ausrüstungsteile einer solchen elektrischen Lokomotive zu vereinheitlichen, in der Absicht, die Bedienung zu erleichtern und die Unterhaltung wirtschaftlicher zu

Interessant waren auch die Ausführungen über die Vorteile, welche die elektrische Lokomotive in allgemeiner Hinsicht bei richtiger Ausnutzung ihrer **Leistungseigenschaften** gegenüber dem Dampfbetriebe bietet, die sich für den Reisenden außer in der Befreiung von der Rauchplage vor allem in einer ganz wesentlichen Zeitersparnis äußern. Der Vortragende, der zum Schlusse noch eine ganze Anzahl Bilder der Lokomotiven während ihres Aufbaues zeigte und dessen Vortrag sich übrigens frei von jeder besonderen Reklame hielt, äußerte schließlich den Wunsch, daß seine Darlegungen geeignet sein möchten, das Interesse an der Elektrisierung weiterer Bahnen zu fördern und die Zuhörer, unter denen auch Behörden vertreten waren, zu veranlassen, auch ihrerseits einer technisch und wirtschaftlich guten Sache die Wege ebnen zu helfen.

Baden bei der Jahrtausendfeier in Köln

Bei dem großen Festmahl im Gürzenisch zu **Köln** überbrachte Staatspräsident Dr. **Hellpach** die Grüße Badens. Von der Oberpostdirektion Karlsruhe hatte ihr Präsident Dr. **Lämmlein** der Feier in Köln beigewohnt.

Zu den Landwirtschaftskammerwahlen

Am 7. Juni finden zum erstenmal die im Gesetz vorgeschriebenen Wahlen zur Badischen Landwirtschaftskammer statt. Die Wahlvorschlagslisten des **Badischen Bauernvereins** weisen u. a. folgende Namen auf: Für den Wahlbezirk Konstanz: Landwirt Josef Weißhaupt, Präsident des Badischen Bauernvereins, Pfullendorf, Dr. Albrecht Freiherr von Stotzingen, Vizepräsident des Badischen Bauernvereins, Steißlingen; für den Wahlbezirk Freiburg: Lambert Schill, Vizepräsident des Badischen Bauernvereins, Merzhausen, Landwirt Jos. Fackler, Bürgermeister in Bleibach; für den Wahlbezirk Karlsruhe: Landwirt Josef Zingelmeier, Bürgermeister in Langenbrücken, Josef Morgenthaler, Fautenbach; für den Wahlbezirk Mannheim: Landwirt und Kreisrat Gottfried Hemberger, Oberscheidental, Landwirt Johann Höhl, Altlußheim.

Besuch der Karlsruher Polizeiausstellung

Das Ministerium des Innern hat vorgesehen, daß **alle badischen Polizei- und Gendarmeriebeamten** Sonderurlaub bis drei Tage zum Besuch der Ausstellung erhalten können. Dabei wird bis zu 50 Prozent der Beamten Reisekostenersatz gewährt werden. Ein weiterer Teil der Beamten wird jeweils längere Zeit zur Ausstellung kommandiert, um hier zugleich den Wachdienst zu versehen.

Tagung und Fachausstellung der Küfer Badens

wurde am Sonntag in **Konstanz** die diesjährige Landeshauptversammlung der badischen Küfer- und Küblerinnungen, die aus allen Teilen des badischen Landes sehr gut besucht war, eröffnet. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und hielt dann einen Vortrag über Frei- und Zwangsinnungen, welch letzteren er den Vorzug gibt. Der Verband zählt 27 Frei- und 28 Zwangsinnungen mit 1063 Einzelmitgliedern. Seit 1924 besteht eine Rechtsauskunftsstelle. Für das Jahr 1925 wird mit einer Ausgabe von 10 000 Mark gerechnet, welcher eine Einnahme von nur 3000 Mark gegenübersteht. Der Fehlbetrag von 7000 Mark soll durch Mitgliederbeiträge aufgebracht werden. Oberregierungschemiker **Fischler** von der staatlichen Versuchsanstalt Augustenberg sprach über „beachtenswerte Fortschritte in der Kellerwirtschaft", Rechtsanwalt **Roth**-Rastatt über „praktische Ratschläge in Rechtsfragen des Handwerks". In Verbindung mit dieser Tagung fand eine reich beschickte **Fachausstellung** statt. Alle mit dem Kübler- und Küferhandwerk in Berührung stehenden Handwerks- und Industriezweige waren vertreten; die Ausstellung von Firmen aus dem ganzen deutschen Reiche beschickt.

Gemeinde-Rundschau

Die Villinger Stadtverordneten setzten die Umlage 1925/26 einstimmig auf 58 Pfennig für Liegenschaftsvermögen und 87 Pfennig für Betriebsvermögen fest. Infolge der finanziellen Unsicherheit durch das noch nicht verabschiedete Finanzausgleichsgesetz wurden die Ausgaben im Voranschlag auf das äußerste beschränkt.

Der Bürgerausschuß Kehl hat mit 39 Stimmen gegen 26 Stimmen dem Dienstvertrag mit dem neugewählten Bürgermeister Dr. **Kraus** genehmigt. Darnach erhält dieser ab **1. Juli das Gehalt der Besoldungsgruppe 12** (Endstufe), sowie alle Bezüge, die dem Beamten dieser Gruppe zustehen. Ferner erhält der Bürgermeister eine Dienstaufwandsentschädigung von 10 Prozent seines Jahresgehaltes. Die Stadt übernimmt die Beiträge für die Fürsorgekasse. Für die Pensionsberechtigung gilt als Anfangstermin der 1. April 1915. Der Gemeinderat hat ferner beschlossen, als vorläufige Umlage ein Viertel der vorjährigen zu erheben.

Eine Waldbauschule in Villingen. Da die Pflege des Waldes künftig in anderer Form als bisher erfolgen muß, hat die Kreisverwaltung Villingen, die das schönste Schwarzwaldgebiet umfaßt, beschlossen, eine Waldbauschule in Villingen ins Leben zu rufen. Der Unterricht soll durch die Forstbeamten bei den Forstämtern und bei dem Waldbesitzerverband erteilt werden. Da mit einem starken Besuch auch von außerhalb des Kreisgebietes zu rechnen ist, würde die hiesige Kreiswinterschule nicht die nötigen Räume bieten können, so daß die Kreisverwaltung die Villinger Hausuhrenfabrik des Fabrikanten **Willy Brunkhorst** zum Preise von 76 000 Mark, vorbehaltlich der Genehmigung der Kreisversammlung erworben hat. Der Schule soll ein Internat angegliedert werden. Der Kreisvorsitzende, Bürgermeister **Lehmann**-Villingen, erhielt im Forstausschuß der Landwirtschaftskammer, welche dem Unternehmen ein sehr lebhaftes Interesse entgegenbringt, einen namhaften Betrag für die künftige Kreis-, Land- und Waldbauschule Villingen in Aussicht gestellt. Es ist auch beabsichtigt, auf dem gekauften Anwesen wieder eine Haushaltungsschule ins Leben zu rufen. Die Villinger Hausuhrenfabrik geht nicht ein, sondern wird bis Herbst ihren Betrieb in ein anderes Anwesen verlegen.

Aus der Landeshauptstadt

200jähriges Jubiläum. Die Freie Schlosserinnung Karlsruhe feiert in den Tagen vom 23.—25. Mai ihr 200jähriges Jubiläum. Diese Handwerkerorganisation ist also fast so alt wie die Stadt Karlsruhe selbst. Mit der Jubiläumsfeier ist eine Bannerweihe verbunden.

Die Fernsprechanschlüsse des Gewerbeaufsichtsamts. Die bisherigen Fernsprechanschlußnummern des Gewerbeaufsichtsamts 426 und 5532 sind auf die **neuen Nummern 6556 und 6557** umgelegt worden.

Rundflüge über Karlsruhe. Die **bad. Luftverkehrsgesellschaft m. b. H.** wird am Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags ab 4.30 Uhr Rundflüge über der Landeshauptstadt Karlsruhe und Umgebung ausführen.

Unfall. Der kath. Stadtpfarrer der Peter- und Paulskirche **Behringer** stieß gestern mit seinem Rad mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Er wurde vom Rade heruntergerissen, eine Strecke weit von der Straßenbahn geschleift und erlitt schwere Verletzungen an Kopf, Arme und Beinen, doch gibt sein Zustand zu ernstlichen Besorgnissen keinen Anlaß.

Bad. Landestheater. Am Himmelfahrtstag wird nach nahezu dreimonatlicher Pause Wagners **„Rienzi"** wieder zur Darstellung gelangen. Am Freitag, den 22., findet die zweite diesjährige Aufführung von Rossinis **„Der Barbier von Sevilla"** statt. Für Sonntag, den 24., ist nach zweijähriger Ruhe eine Wiederaufnahme von Puccinis **„Butterfly"** vorgesehen. Außer Frau Hoffmann-Brewer als Suzuki und Herrn Heuser als Sharpleß ist die Besetzung von früher her bekannt. Am Mittwoch, den 27., wird Flottows **„Martha"** wiederholt werden. — Zu dem fünfaktigen Spiel **„Der Kreidekreis"**, nach dem Chinesischen von Klabund, das am Samstag, dem 23. Mai, zu seiner hiesigen Erstaufführung kommt, hat Siegfried Scheffler eine Bühnenmusik geschrieben. Diese musikalische Begleitung des Spiels wird hinter der Szene durch ein kleines, aus sieben Instrumenten bestehendes Orchester ausgeführt werden. — Mit seinem Lustspiel **„Amerikanische Frauen"**, dessen Uraufführung am Sonntag, den 24. Mai, im Konzerthaus stattfindet, will Avery Hopwood, der erfolgreiche Verfasser des Schwankes „Der Mustergatte" einen bestimmten Typus der amerikanischen Weiblichkeit im Spiegel seines gutmütigen Spottes zeigen. Es sind jene Dollarfürstinnen, deren einziger Lebenszweck darin zu bestehen scheint, daß sie den größten Teil des Jahres die halbe Welt durchreisen, dabei verschwenderischen Luxus entfalten, während ihre Männer zu Hause Tag und Nacht darauf sinnen dürfen, diesen genießerischen Launen ihrer holden, immer nur für kurze Erholungswochen daheim weilenden Lebensgefährtin die soliden finanziellen Möglichkeiten zu schaffen und zu erhalten. Das Stück will im übrigen keine andre Aufgabe erfüllen, als die, ein paar Stunden heitere Unterhaltung zu bieten.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom 20. Mai 8 Uhr vorm.: Das heitere warme Wetter dauert im Bereich des nördlichen Hochdruckgebietes fort. Gestern sind im südlichen Schwarzwald wieder strichweise Gewitteregen niedergegangen. Der hohe Druck verflacht sich allmählich, und es ist bald mit stärkerem Vorstoß westlicher Luftströme zu rechnen, die zunächst wieder vielfach Gewitterregen bringen werden. **Voraussage:** Teilweise heiter, vielfach Gewitter, Temperaturen zunächst wenig verändert, später etwas kühler.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Heidelberg**, 19. Mai. Aus Ostasien ist nach zweijährigem Aufenthalt in Japan Professor **Lederer** nebst Frau hierher zurückgekehrt.

DZ. **Bruchsal**, 19. Mai. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr ging hier ein **starkes Gewitter** mit Niederschlägen nieder. Wenn auch Bruchsal durch das Unwetter eigentlich keinen nennenswerten Schaden erlitten hat, so wurde doch in der weiteren Umgebung, im **Kraichgau** usw. bedeutender **Schaden an den Feldfrüchten**, in den Gärten und an den Reben angerichtet.

Verschiedenes

Ein Riesenwaldbrand in Pommern

Zu einem großen Waldbrand im Pommern, bei dem **600 Hektar Wald** vernichtet wurden, werden folgende Einzelheiten bekannt: Das Feuer ist auf noch unaufgeklärte Ursache an der Bahnstrecke Altdamm-Gollnow entstanden. Feuerwehren und Reichswehrtruppen aus Altdamm, Stargard und Stettin nahmen die Bekämpfung des Waldbrandes auf. Das Dorf Hornskrug wurde zu räumen begonnen und alles bewegliche Inventar auf bereitstehenden Militärautos und sonstigen Fahrzeugen verladen. Nach weiterem Vordringen des Feuers mußte die Chaussee Altdamm—Gollnow gesperrt werden. Der Wald brannte in 15 Kilometer Breite und 4 Kilometer Länge. Durch Funkenflug wurden weitere Gebiete von den Flammen erfaßt. Bis nach dem 10 Kilometer entfernten Stettin trieb der Sturm den Rauch. Nachdem bereits noch eine Reihe von Bahnhofsgebäuden geräumt waren, trat endlich durch Drehung des Windes eine Wendung zum Bessern ein, gegen 8 Uhr abends und schließlich vollkommene Windstille, so daß buchstäblich im letzten Augenblick das Dorf Hornskrug und die beiden Eisenbahnstationen Arnimswalde und Groß-Christinenberg verschont blieben. Der Wert der vernichteten Baumstämme wird allein auf 10 bis 15 Millionen Goldmark geschätzt. Der Gesamtschaden soll weit größer sein. Auch der wertvolle Wildbestand ist vollständig vernichtet. Die vor dem Feuer geflohenen Tiere scheuten vor den Zuschauern zurück und rannten wieder in den brennenden Forst, wo sie ein klägliches Opfer der Flammen wurden.

---

denhandwerks im engeren Sinne verweisen zu wollen (Korbmacherei, Bürstenmacherei, Seilerei, Flechten von Strohmatten, Stuhlflechten, Stricken u. a. m., bis auch hier wieder, neuerdings durch die im Weltkrieg gesammelten Erfahrungen verursacht, die Erkenntnis sich durchrang, daß der **Betätigungsmöglichkeiten es sehr viel mehr** seien. Gewiß, für den großen Durchschnitt der Blinden werden die erwähnten Blindenhandwerke nach wie vor ihre große Bedeutung behalten, besonders dann, wenn die übermächtige Konkurrenz der Maschine dabei nicht so sehr zu befürchten ist. Für gar manchen aber bedeutet die Ausübung der handwerksmäßigen Arbeit nur einen Durchgang, der besonders dazu beigetragen hat, die persönliche Geschicklichkeit zu üben, das Selbstvertrauen zurückgewinnen oder zu stärken, die eigene Arbeitskraft richtig einschätzen zu lernen, und auf den Weg zu einer den persönlichen Neigungen und der Eigenveranlagung mehr angepaßten Tätigkeit zu gelangen. So können wir heute unter den Blinden neben den eigentlichen Handarbeiterinnen und Handwerkern, von denen übrigens manche eigene Werkstätten besitzen, in welchen neben anderen Blinden auch Sehende beschäftigt werden, vollauf leistungsfähige Industriearbeiter finden, wenn diese selbstverständlich auch nur mit bestimmten Arbeitsvorgängen beschäftigt werden können; so z. B. wurden in den Siemenswerken in Berlin im August 1924 nicht weniger als 110 Blinde beschäftigt von denen einzelne zwei bis drei halbautomatische Bohrmaschinen bei gleicher, ja teilweise höherer Arbeitsleistung als Sehende bedienten, und in Baden waren 1924 etwa 60 Blinde in der Industrie tätig. Wir finden ferner Verfertiger von Korbmöbeln, Schreiner, Drahtflechter, Masseure, Klavierstimmer, Landwirte; weiter Musiker und Künstler, Korrespondenten, Bürovorsteher, selbständige Geschäftsleiter, Kaufleute, Lehrer aber auch manche Hausfrau, die ebensogut wie die Sehende ihrem Haushalt und der Küche vorsteht und dem Mann und den Kindern ein gemütliches Heim zu schaffen versteht. Daneben werden indessen die sogenannten höheren Berufe nicht vernachlässigt bietet doch die in Marburg ins Leben gerufene Mittelschule für Blinde besonders befähigten Schülern die Gelegenheit, für das Universitätsstudium sich vorzubereiten, das dann im Anschluß an die hier bestehende Blindenhochschulbücherei und die für studierende Blinde besonders getroffenen Einrichtungen hier oder an anderen Hochschulen erfolgreich zu Ende geführt werden kann. — So erstaunlich das für viele Sehende lauten mag, es ist Tatsache, daß eine nicht unbedeutende Zahl von Blinden durch ihren großen Fleiß, eiserne Beharrlichkeit und ungewöhnliche Ausdauer es dahin gebracht haben, ihre Hochschulprüfungen mit bestem Ergebnis zu bestehen, und nun draußen im Leben an verantwortungsvoller Stelle ihre Kenntnisse zu verwerten vermögen.

Eine erschöpfende Darstellung der Betätigungsmöglichkeiten für Blinde zu geben, ist hier nicht möglich. Ebensowenig vermag naturgemäß unsere Ausstellung alle Zweige der Blindenarbeit und Blindenbeschäftigung zu umfassen, eine Einführung in diesen Stoff und damit auch neue und weitere Anregungen wird sie aber sicherlich geben, ebenso auch, für gar manchen eine neue Einstellung dem Blindenwesen gegenüber, kommt es doch heute bei unserm verarmten, auf die Anspannung aller Kräfte angewiesenen Volk darauf an, auch die tatsächlich oder scheinbar nicht Volleistungsfähigen auf den richtigen Platz zu stellen und diejenigen unter diesen, die dazu vereigenschaftet und guten Willens sind, zum Dienste für die Allgemeinheit heranzuziehen. Und wenn unsere Ausstellung zu ihrem Teile hierzu anzuregen vermag und die aus ihr hervorgehende Saat auf fruchtbaren Boden fällt, so hat sie ihren Zweck erfüllt.

Zweiter Vortragsabend von Dr. Carl Höcker: „Über Bemeisterung unseres Schicksals und persönlichem Einfluß". Das sehr vielversprechende Thema hatte eine zahlreiche Hörerschaft in den Saal des Künstlerhauses geführt. In fast dreistündigem, sehr anregendem Vortrag sprach der Redner über neue Wege zum Erfolg und zur Entwicklung der Persönlichkeit, geheime Kräfte im Menschen und ihre Nutzbarmachung, weiter über bewußte Atem- und Körperkultur und eine neue Willensgymnastik. — Außer manchem bekannten brachte der Redner auch recht viel neue Gesichtspunkte in seinen Ausführungen zur Geltung und mag wohl seinen Gedanken etliche Anhänger gewonnen haben. ow.

Pianos-Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen. **KARL LANG** **Kaiserstraße 167**[1] D947 Telefon 1073 **Salamanderschuhhaus**

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Mai Geld	20. Mai Brief	19. Mai Geld	19. Mai Brief
Amsterdam 100 G.	168.67	169.09	168.67	169.09
Kopenhagen 100 Kr.	78.85	79.03	78.85	79.03
Italien . . 100 L.	16.97	17.01	17.005	17.045
London . 1 Pfd.	20.378	20.430	20.371	20.427
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	21.57	21.63	21.695	21.755
Schweiz . 100 Fr.	81.13	81.23	81.165	81.365
Wien 100 Schilling	59.045	59.065	59.055	59.195
Prag . . 100 Kr.	12.432	12.472	12.34	12.38

Zuteilung überall 100 Prozent

Die Golddiskontbank hat, wie aus **Berlin** gemeldet **wird**, den Diskontsatz von 8 auf 7 Prozent ermäßigt.

Die Konkurrenz der französischen Bahnen. Um der Konkurrenz der linksrheinischen Bahnen im Frachtverkehr mit der Schweiz zu begegnen, ist, wie die „Textilwoche" erfährt, bestimmt worden, daß die sich bei einer Beförderung auf rechtsrheinischen Bahnlinien ergebenden Mehrfrachten in Form einer **Rückvergütung** erstattet werden. Nähere Auskunft erteilt die Reichsbahndirektion Karlsruhe. — **Dazu erfahren wir: Ab** 10. März 1925 werden die deutschen Bahnen für Güter aller Art (ausgenommen Steinkohlen usw.) in Wagenladungen von mindestens 5000 kg, die auf Grund der bestehenden Gütertarife von oder nach Reichsbahnstationen und von oder nach Reichsbahnübergangsstationen zum Ausland über die **geschlossene deutsche Strecke** bis oder ab Basel — Badischer Bahnhof — beförderte werden, die gegenüber den Frachten auf den linksrheinischen Bahnwegen zur Zeit der Beförderung sich ergebenden Mehrfrachten gegen Vorlage der Frachtpläne, Frachtbriefe oder Frachtbriefduplikate, bei Frankatursendungen auch der etwaigen Frankaturnoten unter folgenden Bedingungen zurückerstattet: Die Entfernung auf der deutschen Strecke bis und ab Basel — Badischer Bahnhof — und die auf dieser Strecke verbleibenden Frachten müssen größer sein, als die Entfernung und die Frachten der deutschen Strecke auf dem Wettbewerbswege. Die Rückvergütungsanträge sind binnen Jahresfrist bei der Reichsbahndirektion Frankfurt (Main) oder bei den der Versandabfertigung oder Empfangsabfertigung der sonst vorgesetzten Reichsbahndirektion einzubringen. Den Rückerstattungsanträgen ist eine genaue Gegenüberstellung der erhobenen und der über den Strecken erreichbaren Frachten beizulegen.

Zeitschriftenschau

Zeitwende. Geradezu glänzend ist das Maiheft dieser jungen Zeitschrift. Beiträge und Beiträger sind sämtlich von Rang und Bedeutung. Wissenschaft, Kunst, Literatur und Politik vereinigen sich zu einem wundervollen Klang protestantischer Geistigkeit. Das Heft gereicht der Zeitwende zur Ehre und wird ihr weitere Freunde werben. D.

Geschäftliches

Die **Mignon-Mandel-Sultanin**, ein Schwestererzeugnis der beliebten Mignon-Vollmilch, verspricht die Schokolade dieses Sommers zu werden. Ihren typischen Geschmack vermitteln ihr zwei unter südlicher Sonne gereifte Früchte. Die milde Mandel und die säuerlich süße Sultanine, vereint mit herber Edelschokolade.

Die Schokolade dieses Sommers!

Versuchen Sie unsere neue Edelschokolade „Mignon-Mandel-Sultanin"; gekennzeichnet durch die Milde der Mandel, die säuerliche Süße der Sultanine, im Verein mit herber Edelschokolade.

Mignon Mandel-Sultanin

Preis 65 Pfg. die 100-g-Tafel. Erhältlich in den durch Mignon-Plakate und -Packungen kenntlichen Fachgeschäften.

Mignon-Schokoladen-Werke
David Söhne A.-G., Halle (Saale).

Bad. Luftverkehrs-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe

Wir führen an Christi Himmelfahrt, sowie an allen Sonn- und Feiertagen, nachmittags von 4[30] Uhr ab

Passagier-Rundflüge

über der Stadt Karlsruhe und Umgebung zum Preise von **15 Mark** pro Person aus.

Wirtschaftsbetrieb auf dem Platz.

Zweisitzer, Wanderer oder Mercedes, wenig gebraucht, neues Modell per sofort zu kaufen gesucht.
Trunk & Co., Spedition, Mainz.

Damen-Fahrrad, gut erhalten 75 Mk.
Damen-Fahrrad, wie neu . . 95 „
Herren-Fahrrad, gut erhalten 55 „
Herren-Fahrrad, wie neu . . 85 „
Schreibmaschine, gut erhalten 120 „
Email-Herd, wie neu . . . 75 „
zu verkaufen. Kunzmann, Zähringerstraße 46.

Eheanbahnung Streng reell — Gegr. 1911
Frau Rosa Morasch, Karlsruhe
Kaiserstr. 64 III Teleph. 4239

Ausnahme-Angebot! Verkaufe zu fabelhaft billigen Preisen **Damen- u. Herrenstrickwesten M. 12**
Strickkostüme M. 40, ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in **Kurzwaren, Strümpfe etc.**
Heinrich Erb, Markgrafenstr. 26 (nächst Kronenstr.)
Jeder Käufer erhält gegen Inseratvorzeigung 5% Rabatt.

Carl August Nieten & Co.

liefern alle Sorten

Ruhrkohlen, Nuß- und Anthracitkohlen
Koks für Zentralheizungen u. Hausbrand
Grudekoks
Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts
Brennholz

Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165

Stadtbüro: Kaiserstraße 148,
Fernsprecher 5506 D.790

Bankkredite

erhalten gute Firmen unter zeitgemäßen Bedingungen.
Offerten unter E. 327 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Metallbetten D.171
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Im Neuanfertigen und Umarbeiten von E.174
Steppdecken u. Daunendecken
empfiehlt
Paula Schneider
Adlerstr. 5 Karlsruhe

Im Elsässischen Restegeschäft **Viktoriastraße 10 II** sind **Hemden, Blusen, Hemdenzefir u. Wollflanell** in großer Auswahl eingetroffen. Besuch lohnend. Kein Laden. E.379

Bad. Lichtspiele
Konzerthaus

Heute 4 und 8 Uhr letzte Vorführungen

Auf afrikan. Jagdpfaden

Am Freitag, 22. Mai, abends 8 Uhr
Einmaliger Vortrag

Die Weltmacht des Eisens

II. Teil

Farbige Lichtbilder und Films eigener Aufnahmen von Prof. Dr. Keßner (Techn. Hochsch.)

Aus dem Inhalt: Bessemer und Thomasstahlwerke, Siemens-Martinstahlwerke, Dampfhämmer, Schmiedepresse und Walzwerke. — Beschießung von Panzerplatten (Zeitlupenaufnahme).

Vorverkauf: Musikhaus **Müller,** Kaiserstraße E.395

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G. M. B. H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TÄGL. GEÖFFNET
VON 8½-12½ UND 2-6½ UHR
E.217

Detektiv Institut u. Privat-Auskunftei
„Argus" Mannheim O. 6. 6.
Planken B.47 Fernspr. 5305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Aufpolstern von **Matratzen** und **Diwans** 2c. sowie **Neuanfertigung** besorgt **reell** u. **billig** E.368
Albert Ernst, Tapezier
Steinstraße 21.

Junger Mann oder **junges Fräulein**

für Maschinenschreiben, Stenogramm und statische Arbeiten für sofort gesucht. Vergütung nach Verg.-Gr. III der Angest. unter 21 Jahren. A. 749
Bezirksfürsorgeverband Mannheim-Land.

Bei der Gemeindekasse ist auf 1. Juli die Stelle des

Hilfsrechners

zu besetzen. Bewerber mit erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten wollen bis **5. Juni** Bewerbungsschreiben mit eigenhändig geschriebenem Lebenslauf zugehen lassen. E. 393.
Walldürn (Baden), den 18. Mai 1925.
Gemeinderat:
Dr. Trautmann.

Nadelrundholzverkauf.

Das staatl. Forstamt Baden, Schloßkellerstr. 2, verkauft freihändig aus den Distr. I—III etwa 700 Fm. Nadelrundholz aller Klassen.
Angebote in Prozenten der Landes-Grundpreise 1923 wollen bis spätestens **Donnerstag, den 28. Mai 1925, vorm. 11 Uhr,** eingereicht werden. Losverzeichnisse durch das Forstamt. A.746

Nutzholzverkauf

des **staatlichen Forstamts Villingen** (Baden), freihändig über rund 1740 Fm. Nadellangholz aller Klassen in 17 Losen zu den allgemeinen Bedingungen für Holzverkäufe aus den bad. Staatswaldungen. Angebote in Prozenten der badischen Goldmarkgrundpreise wollen bis spätestens **Mittwoch, den 27. Mai 1925, abends 6 Uhr,** beim Forstamt eingereicht werden. Losverzeichnisse kostenlos durchs Forstamt. A. 745

An Bauarbeiten für Erstellung der Wagenwerkstätte auf dem neuen Ortsgüterbahnhof in Singen sollen öffentlich vergeben werden die Verputz-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser-, Fenster(eiserne)-, Steinpflaster-, Holzpflaster-, Installations- und Anstreicherarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen an Werktagen bei der Bahnmeisterei in Singen und auf unserem Hochbaubüro in Konstanz zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebotsvordrucke gegen Vergütung abgegeben werden. Die Angebote sind verschlossen und portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis **Samstag, den 6. Juni 1925, vormittags 10 Uhr** — Eröffnungstermin — an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen.
Konstanz, 13. Mai 1925.
Deutsche Reichsbahngesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion.

Vereinsregister.

Durlach. A. 747
Vereinsregister. Eingetragen am 15. Mai 1925: **Turnverein Weingarten 1880 E. V. Sitz** Weingarten.
Amtsgericht.

Karlsruhe. A.728
Vereinsregistereintrag vom 11. Mai 1925. **Fußballverein „Sportfreunde" Forchheim** in Forchheim.
Bad. Amtsgericht B 2.

Rastatt. A. 744
Vereinsregistereintrag: **Angelsportverein Rastatt.**
Rastatt, den 12. Mai 1925.
Amtsgericht.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 21. Mai 1925.
E 24, Th.-Gem. 6401—6500.

Rienzi

Große tragische Oper in fünf Akten von Rich. Wagner.
Musikal. Leit.: A. Lorentz.
In Szene gesetzt H. Bussard.
Personen:

Cola Rienzi	Balve
Irene	Fanz
Stefano Colonna	Dr. Wucherpfennig
Adriano Iracema-Brügelmann	
Paolo Orsini	Heuser
Raimondo	Lander
Baroncelli	Peters
Cecco del Vecchio	Loichinger
Friedensbote	Stechert

Anfang 6 Uhr. Ende 10 Uhr.
Sperrsitz I 8.— Mk.

Neu eröffnet ab Montag

Messenger Boy's-Institut

Radio-Blitz-Radler

Telephon 6137 **Markgrafenstraße 45**

übernimmt **Besorgungen, Transporte, Hausarbeiten jeder Art,** wie Teppiche klopfen, Bodenspänen etc., **Pfandhauskommissionen, Reklamen aller Art,** wie das Austragen von Flugblättern, Warenproben etc., sow. Plakattragen b. Neueröffnung eines Betriebes.

Gepäckbeförderung von und zu den Bahnhöfen

Billigste Preise. **Klaviertransporte** Reelle Bedienung.

Druck G. Braun, Karlsruhe.